



## Nein zu Zwangsprostitution und Menschenhandel



Die Veranstaltung erfolgte vor dem Hintergrund der Unterschriftenaktion "Nein zu Zwangsprostitution und Menschenhandel", mit der die Frauenunion Bayern Ihrer Petition an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages noch mehr Gewicht verleihen will.

In dieser Petition fordert die Frauenunion Bayern einen stärkeren Kampf gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution:

Die Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution müssen besser geschützt und Täter konsequenter bestraft werden. Bis zur Sommerpause 2014 soll das im Jahr 2002 von der rot-grünen Regierung beschlossene Prostitutionsgesetz geändert und die EU-Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels umgesetzt worden sein, so dass den Geschäften mit "Frauen als Ware" die Grundlage entzogen wird..

Erreicht werden sollen die Ziele mit einem Fünfpunkte Plan:

1. Das Mindestalter zur Prostitutionsausübung auf 21 Jahre festlegen.
2. Anzeigepflicht und anlassunabhängige Zutritts- und Kontrollrechte der Polizei und der zuständigen Behörden für Prostitutionsstätten einführen.
3. Verurteilung der Täter unabhängig von der Opferaussage ermöglichen und das Aufenthaltsrecht der Opfer verbessern.
4. Bei Inanspruchnahme der Dienste von Zwangsprostituierten sollen Freier künftig strafrechtlich belangt werden.
5. Regelmäßige, vertrauliche Gesundheits- und Beratungstermine außerhalb der Prostitutionsstätten anordnen.

Unter der Leitung von Stephan Mayer, MdB und Brigitta Eaglemeare, Leiterin der Passauer Beratungsstelle Opferschutzorganisation SOLWODI, die mit einem kleinen Filmbeitrag über die Arbeit ihrer Organisation informierte, wurde unter den Teilnehmern lebhaft zum Thema diskutiert. Es stellte sich heraus, dass die Petition und der Fünf- Punkte- Plan von der großen Mehrheit eindeutig befürwortet werden. Ebenso waren sich alle darüber einig dass das in 2002 von der rot-grünen Regierung beschlossene Prostitutionsgesetz zwar gut gemeint war, aber letztlich doch dazu geführt hat, dass Deutschland mittlerweile als das größte Bordell Europas bezeichnet wird. Hier sind dringend Änderungen notwendig, die von der Union in Berlin auch vorbereitet werden, vom Koalitionspartner SPD aber noch nicht in allen Punkten mitgetragen werden.